Quelle

Europäisches Netzwerk für den Ost-West-Dialog: Das Helsinki-Abkommen mit wirklichem Leben erfüllen. Memorandum von unabhängigen Gruppen und Personen in Ost- und Westeuropa (Berlin, 1986); [Auzüge][1]

Vor elf Jahren wurde in Helsinki die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichnet, doch heute gibt es auf unserem Kontinent nicht mehr Sicherheit als 1975 und die Zusammenarbeit ist noch immer durch eine Politik der Konfrontation gefährdet. Viele der Absichtserklärungen, die die Regierungen in Helsinki abgegeben haben, sind toter Buchstabe geblieben. Die Militarisierung der Gesellschaften dauert an. Die Kommunikation zwischen Ost und West wird nach wie vor durch viele Barrieren behindert. Beide Seiten produzieren weiterhin Feindbilder, die eine Bedrohung des Friedens darstellen. In vielen KSZE-Staaten sind die bürgerlichen Grundrechte faktisch nicht existent.

Die Menschen im geteilten Europa haben ein vitales Interesse daran, daß der Helsinki-Prozeß greifbare Resultate bringt. In diesem Memorandum unterbreiten wir, Bürgerinnen und Bürger von KSZE-Staaten in Ost und West, der Öffentlichkeit wie auch den Vertretern der Regierungen, die im November 1986 in Wien zur Helsinki-Nachfolgekonferenz zusammentreten, einige unserer eigenen Ideen und Vorschläge. Wir tun dies als legitime Akteure im Rahmen der KSZE-Vereinbarungen, die die Zusammenarbeit zwischen Individuen, Gruppen und Gesellschaften als einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung der in Helsinki proklamierten Ziele ausdrücklich betonen.

Für uns besteht zwischen den drei „Körben" der Helsinki-Schlußakte ein enger innerer Zusammenhang. Wir weisen mit Entschiedenheit alle Versuche zurück, den Frieden gegen die Freiheit auszuspielen oder umgekehrt. Dauerhafte Entspannung kann nicht durch ein Herunterspielen der Frage politischer und sozialer Menschenrechte erkauft werden. Frieden und Sicherheit, Entspannung und Zusammenarbeit, Grundrechte und die Selbstbestimmung der Völker müssen gemeinsam verwirklicht werden. Rückschläge in jedem dieser Bereiche haben negative Auswirkungen auf alle anderen.

Wir sind uns bewußt, daß das Abkommen von Helsinki keine befriedigenden Antworten auf einige der drückendsten Probleme der Gegenwart gibt So vor allem die beständig sich vergrößernde Kluft zwischen reichen Industriestaaten und den meisten Ländern der Dritten Welt, die drohende Zerstörung unserer natürlichen Umwelt und die destruktiven Auswirkungen bestimmter Formen des industriellen und technischen Fortschritts. Auch wenn wir hier auf diese Fragen nicht im Detail eingehen können, bilden sie für uns einen notwendigen Hintergrund für unsere Überlegungen und für politisches Handeln auch im Rahmen des KSZE-Prozesses.

Die während der letzten Jahre intensivierten Kontakte zwischen unabhängigen Gruppen und Personen in Ost und West sowie unsere gemeinsamen Erfahrungen bei der Entwicklung eines Dialoges von unten haben uns in der Überzeugung bestärkt, daß mehr Initiativen, Vorschläge und Druck von seiten der Bürgerinnen und Bürger und von nicht-staatlichen Organisationen erforderlich sind, um den KSZE-Prozeß mit neuem Leben zu erfüllen. […]

---

1 Europäisches Netzwerk für den Ost-West-Dialog (Hg.), Das Helsinki-Abkommen mit wirklichem Leben erfüllen. Ein Memorandum, gemeinsam erarbeitet von unabhängigen Gruppen und Personen in Ost- und Westeuropa, Berlin 1987.

Entspannung von unten

Gegenseitiges Vertrauen ist durch politisches Handeln von Regierungen allein nicht herzustellen. Es muß auch und gerade zwischen den Bürgerinnen und Bürgern in beiden Teilen Europas aufgebaut werden. Deshalb sollten alle, die die Verwirklichung der in Helsinki verkündeten Prinzipien anstreben, nicht nur versuchen, die öffentliche Meinung zu mobilisieren, um Druck auf die Regierungen auszuüben; sie sollten vor allem überlegen, was sie selbst tun können, um die Entspannung von unten weiterzuentwickeln und Brücken über die Kluft zu bauen, die unseren Kontinent teilt.

Vierzig Jahre Trennung und das Leben in sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Realitäten haben zu einer gegenseitigen Entfremdung zwischen den Europäern auf beiden Seiten dieser Kluft geführt. Sogar geographische Begriffe scheinen ihre Bedeutung verändert zu haben. Im Westen sprechen Menschen häufig von „Europa", wenn sie in Wahrheit lediglich die Mitgliedsstaaten der EG meinen. Zum anderen werden Begriffe wie „Ost" und „West" oft leichthin und in einem rein politisch-ideologischen Sinne benutzt. Länder, die aufgrund ihrer geographischen Lage ebenso wie aufgrund ihrer sozio-kulturellen Traditionen zu Mittel- und nicht zu Osteuropa gehören, finden sich demgemäß als Teil des „Ostens" eingeordnet.

Um wieder zusammenzufinden und um einen gesamteuropäischen Horizont von Erfahrungen und Perspektiven zurückzugewinnen, sollten Menschen aller Teile dieses Kontinents, wo immer möglich, die direkte Begegnung und das Gespräch suchen. […]

Europäische Sicherheit

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Ein dauerhafter Frieden kann nur erreicht werden durch die Überwindung der verschiedenen politischen, ökonomischen und sozialen Ursachen von Aggression und Gewalt sowohl in den internationalen Beziehungen wie auch im Inneren der Staaten. Eine umfassende Demokratisierung von Staaten und Gesellschaften würde Bedingungen schaffen, die diesem Ziel förderlich sind. Dazu gehört die Existenz einer kritischen Öffentlichkeit, die imstande ist, eine wirksame Kontrolle über alle Bereiche der Militär- und Sicherheitspolitik auszuüben. […]

Menschenrechte

Bürgerliche Freiheiten und politische Grundrechte wie Gedanken- und Gewissensfreiheit, Versammlungs-, Organisations- und Informationsfreiheit sind in den Verfassungen aller KSZE-Staaten garantiert und wurden durch das Abkommen von Helsinki bestätigt. Was ihre Verwirklichung in der Praxis angeht, sind diese Rechte jedoch in vielen KSZE-Staaten stark eingeschränkt oder nicht existent. […]

Aus unserer Sicht ist das Eintreten für bürgerliche Freiheiten wie auch für soziale Rechte nicht nur eine moralische Verpflichtung im Sinne der Menschenwürde und demokratischer Ideale, sondern zugleich eine politische Notwendigkeit, wenn wir die Voraussetzungen für einen stabilen, dauerhaften und demokratischen Frieden schaffen wollen.

Wir weisen alle Tendenzen zurück, im Hinblick auf die Geltung der Grundrechte zweierlei Maß für Ost und West anzuwenden. Und wir fordern, daß der gesamte Katalog der Menschenrechte, wie sie in der Schlußakte von Helsinki und in den „Internationalen Konventionen über politische und Bürgerrechte sowie über kulturelle; wirtschaftliche und soziale Rechte" aufgelistet sind, in allen KSZE-Staaten voll verwirklicht wird. […]

Das Europa, das wir anstreben

Obwohl oft als Bestätigung des Status quo in Europa dargestellt, ist das Abkommen von Helsinki weder dem Buchstaben noch dem Geiste nach eine Festschreibung des bipolaren Modells oder der Struktur von Machtblöcken. Dieses Abkommen bestätigt den territorialen Status quo auf diesem Kontinent und verwirft die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen. Es läßt jedoch die Tür offen für einen friedlichen und schrittweisen Veränderungsprozeß hin zu einem pluralistischen Europa und zu einer Überwindung der Blockstrukturen. Auf dem Wege heraus aus den Beschränkungen der Bipolarität können die neutralen und blockfreien Länder Europas, deren Vorschläge und Initiativen den bisherigen KSZE-Prozeß wesentlich befördert haben, auch weiterhin eine wichtige positive Rolle spielen.

Ob Europa auch in Zukunft eingeschnürt bleibt in die bipolare Zwangsjacke oder ob dieser Kontinent imstande sein wird, sich aus dieser Zwangslage zu befreien, hängt in hohem Maße vom Willen und der Fähigkeit der Europäer ab, ihre eigenen Interessen gegenüber den Supermächten klar zum Ausdruck zu bringen. Zugleich hängt es aber auch ab von politischen und sozialen Veränderungen bei den Supermächten selbst. Wir sind uns bewußt, daß das Europa, das wir anstreben, weder in Konfrontation mit den Supermächten, noch unter Ausschluß der USA oder der Sowjetunion verwirklicht werden kann, sondern nur in einer gemeinsamen Anstrengung aller KSZE-Staaten. Die Völker und Regierungen dieses Kontinents müssen deshalb nach tragfähigen Kompromissen mit beiden Führungsmächten suchen.

Wenn ein solches langfristiges Projekt zu einer realistischen Alternative zum Status quo werden soll, das heißt, wenn wir den Helsinki-Prozeß radikalisieren und zum Bestandteil eines umfassenden demokratischen Programms machen wollen, sind wir verpflichtet, uns insbesondere all jenen Elementen in der Politik der Supermächte zu widersetzen, die dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung zuwiderlaufen. Alle demokratischen Organisationen, unabhängigen Bewegungen, Bürgerinitiativen und Gruppen in Ost und West sollten gemeinsam Druck auf die Supermächte ausüben, damit diese ihr hegemonistisches Verhalten aufgeben und als demokratische Partner zu handeln beginnen.

Das Europa, das wir uns vorstellen, würde aus Völkern und Nationen bestehen, die bereit sind, als gute Nachbarn zusammenzuleben. Ein Europa, in dem alle Völker die Möglichkeit haben, ihre gegenseitigen Beziehungen ebenso wie ihre inneren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten demokratisch und selbstbestimmt zu regeln.

Im Rahmen einer solchen Perspektive sollten die beiden deutschen Staaten Initiativen entwickeln, die sowohl dem allgemeinen Entspannungsprozeß als auch einer Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen förderlich sind. Es sollte klar sein, daß die deutsche Frage eine europäische Frage ist, und daß demgemäß alle Bemühungen um ihre Lösung Teil eines demokratischen Programms zur Überwindung der Blockstrukturen in Europa sein müssen.

Das Europa, das wir anstreben, würde Kraft und Gewicht aus seiner inneren demokratischen Verfaßtheit gewinnen. Es sollte imstande sein, eine wichtige Rolle in der internationalen Politik zu spielen. Insbesondere müßte dieses Europa neue Wege gehen, um zu einer Transformation der Nord-Süd-Beziehungen beizutragen und zu einem Schrittmacher für politische Gleichberechtigung und wirtschaftliche Gerechtigkeit im Verhältnis zur Dritten Welt zu werden. Ein solches Europa würde allen Formen von militärischer Interventionspolitik wie den Aktionen der USA in Mittelamerika oder der sowjetischen Invasion in Afghanistan entschieden entgegentreten.

Wir appellieren an die Öffentlichkeit wie auch an die Politiker aller KSZE-Länder, über Möglichkeiten und Wege nachzudenken, die hinführen zu dem Ziel einer pluralistischen, demokratischen und friedlichen Gemeinschaft, in der alle Völker Europas als gleichberechtigte Partner agieren. Dabei sollten die folgenden Schritte und Ideen in Betracht gezogen werden:

– Erleichterung und Förderung eines kontinuierlichen und umfassenden Dialoges zwischen Ost und West auf allen Ebenen. Eines der vorrangigen Ziele dieses Dialoges müßte es sein, die Krise im KSZE-Prozeß zu überwinden und ihn mit neuem Leben erfüllen.

– Volle Unterstützung für alle Initiativen und Maßnahmen, die darauf abzielen, die Konfrontation zwischen den Supermächten abzubauen sowie Entspannung und gegenseitiges Vertrauen zwischen ihnen zu fördern. Darüberhinaus sollte alles getan werden, um die Supermächte zu einer Demokratisierung ihrer Politik – wo immer sie erforderlich ist – zu ermutigen.

– Schaffung eines Systems politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit zwischen allen KSZE-Staaten, das entschieden hinausreicht über die gegenwärtigen ökonomisch-politischen Gemeinschaften in Ost und West.

– Eine wesentliche Verminderung und schließlich ein völliger Abzug aller fremden Waffen und Truppen aus allen europäischen Ländern, einschließlich der Auflösung aller ausländischen Militärbasen und sonstigen militärischen Einrichtungen.

– Die Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes sowie aller anderen bilateralen und multilateralen Militärverträge zwischen KSZE-Staaten. Dies könnte ein wichtiger Schritt in Richtung auf ein gemeinsames Sicherheitssystem sein und würde zugleich zur Überwindung der Teilung Europas beitragen.

– Eine Friedensverfassung für Europa, die auf der vollen Respektierung des Selbstbestimmungsrechts für alle Völker beruht und die die zehn in Helsinki verkündeten Grundprinzipien in politische Realität verwandeln würde, abgesichert durch einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.

Europäisches Netzwerk für den Ost-West-Dialog: Das Helsinki-Abkommen mit wirklichem Leben erfüllen. Memorandum von unabhängigen Gruppen und Personen in Ost- und Westeuropa (Berlin, 1986); [Auzüge]. In: Themenportal Europäische Geschichte (2007), URL: <http://www.europa.clio-online.de/2007/Article=213>.

Früherer Titel: Europäisches Netzwerk für den Ost-West-Dialog: Das Helsinki-Abkommen mit wirklichem Leben erfüllen. 1986.

Auf diese Quelle bezieht sich ein einführender und erläuternder Essay von Domnitz, Christian: Das Europa der Bürgerrechtler. Die Ost-West-Friedensbewegung engagierte sich für eine Friedensverfassung im Rahmen der KSZE. In: Themenportal Europäische Geschichte (2007), URL: <http://www.europa.clio-online.de/2007/Article=212>.